Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1208.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Vieles Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altstadt.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 22,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 66,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 35,00 M. Einzelnummer 1,00 M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Nonpareillezeile 6,00 M., Familienanzeigen 4,50 M., die 5gespaltene Reklamezeile 24,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 1 M.

Nr. 113 | Dresden, Dienstag den 16. Mai 1922 | 33. Jahrg.

Achtstundentag und Menschenökonomie

Von Alfred Fellisch, sächsischer Wirtschaftsminister

(Auszug aus der „Glocke", Heft 7, 1922)

Daß der lange Arbeitstag eine Mordtat an den Armen, im ständigen Krieg im Frieden auf dem Felde der Güterproduktion bedeutet, war jedem Sozialdemokraten früher eine Selbstverständlichkeit. Das kann auch heute noch nicht bestritten werden, nur nehmen manche Genossen darauf keine Rücksicht mehr. Volkswirtschaftliche Probleme werden auf die einfache Formel gebracht: Wir brauchen Waren, also Mehrarbeit! Man fragt nicht mehr: Was wird aus den arbeitenden Menschen? Nein, man „beweist" wacker mit, daß die achtstündige Arbeit unter heutigen Verhältnissen nicht genügt. Ich betrachte das als eine der tragischsten Erscheinungen in der Geschichte der deutschen Revolution und ihrer unmittelbaren Folgezeit. Wie oberflächlich und leichtfertig die Befürworter der Wiederverlängerung der Arbeitszeit zu Werke gehen, geht daraus hervor, daß sie gar nicht daran denken, wie weit sich der alte Obrigkeitsstaat immerhin zu einem sozialen Volksstaat umgebildet hat oder wenigstens mehr und mehr dazu umgebildet werden soll! Wenn der Kapitalismus im alten Staate den Arbeiter durch allzu gewissenlose Ausbeutung frühzeitig dem Siechtum überlieferte, so war dann der körperlich und geistig ruinierte Arme seinem traurigen Schicksal überlassen, und außer der elenden Armenfürsorge hatte niemand ihm gegenüber eine rechtliche Verpflichtung. Weder Kapitalist noch Staat brauchten sich um ihn zu kümmern. Der neue Staat, dessen Ziel darauf gerichtet ist, soziale Fürsorgeeinrichtungen für arbeitsunfähig gewordene Menschen zu schaffen, der sich verpflichtet fühlt, auch dem verbrauchten Menschen ein erträgliches Dasein und einen ruhigen Lebensabend zu bereiten und der die zu diesem Zwecke erforderlichen sozialen Lasten zu tragen hat, muß sich leidenschaftlich gegen Raubbau an Menschenkraft energisch verbitten. Das traurige Schicksal unsrer heutigen Arbeiterinvaliden redet doch wirklich eine gewaltige Sprache. In dem Maße, in dem sich der alte Obrigkeitsstaat zu einer sozialen Versicherungsgemeinschaft umwandelte, wechseln auch alle Werte, besonders auch der Wert der menschlichen Arbeitskraft, ein Wechsel, der fortan mehr gewürdigt werden muß. Im Sozialstaat, in dem die Gesamtheit für den arbeitsunfähig gewordenen Menschen verantwortlich ist, hört eine übertriebene Anspannung der menschlichen Arbeitskraft auf, produktiv zu sein. Diese ebenso wichtige wie einfache Tatsache übersehen diejenigen Weisen unter den Sozialdemokraten vollständig, die von einer „vorläufigen Suspendierung" des Achtstundentages reden oder gar davon faseln, daß die Forderung des Achtstundentages „in maifeierlicher Stimmung" entstanden sei.

Dabei ist die Behauptung, die Güterproduktion Deutschlands leide so furchtbar unter dem Achtstundentag, nicht einmal richtig. Einsichtige Unternehmer hatten schon vor dem Kriege zugegeben, daß der Achtstundentag nicht nur möglich, sondern auch vorteilhaft für die Gütererzeugung sei. Und selbst heute, wo zwischen Kapital und Arbeit um den Achtstundentag so leidenschaftlich gekämpft wird, gibt es Unternehmer, die einen weit höheren Grad sozialer und volkswirtschaftlicher Einsicht bekunden, wie manche Sozialdemokraten. So hat z. B. der deutschnationale Fabrikdirektor und Stadtverordnete Burger im April dieses Jahres in einer Rede, die er im Chemnitzer Stadtparlament hielt, wörtlich folgendes gesagt:

„Man wirft dem Achtstundentag zu Unrecht mancherlei vor, u. a. auch, daß er an der Minderleistung der deutschen Produktion ausschließlich die Schuld trage. Bei dem Unternehmen, dem ich vorstehe, hat der Achtstundentag eine Minderleistung nicht gebracht. Infolge der nicht aufgegebenen Akkordarbeit werden jetzt für eine Leistung, für die früher rund 100 Stunden ebenfalls im Akkord gebraucht wurden, nur noch etwa 80 Arbeitsstunden beansprucht. Diese Mehrleistung ist unter allen Umständen auf eine bessere Ausnützung der Arbeitszeit zurückzuführen. Die zweckmäßige Verteilung der Arbeitszeit ist die Ursache, daß sich die Produktion bei meinem Unternehmen um rund 15 Prozent gesteigert hat. Der Achtstundentag muß überall dort eingeführt werden, wo es wirtschaftlich praktisch ist."

Rein praktisch verhält es sich heute so, daß unter dem Achtstundentag die Güterproduktion Deutschlands gar nicht erheblich leidet. Aber selbst, wenn das der Fall wäre, so wäre doch immer die Frage zu beantworten, ob die Vernichtungen des Krieges vom deutschen Volke gutgemacht werden sollen auf Kosten des Profits der Unternehmer oder lediglich zu Lasten des Proletariats. Der Gedanke, daß das Beharren der Arbeiter auf einer verkürzten Arbeitszeit das Unternehmertum zwingt, durch Verbesserungen der Technik und der Arbeitsmethoden die Produktivität zu erhöhen, scheint manchem Sozialisten ganz entfallen zu sein. Diejenigen, die gemeinsam mit einem kurzsichtigen Unternehmertum heute die Beseitigung des Achtstundentags verlangen, und jede Maßnahme mit Gegenwartsnotwendigkeiten zu bemänteln versuchen, sollen vor allem nicht so naiv sein, zu glauben, man könnte den verlängerten Arbeitstag, wenn man ihn jetzt schaffen würde, auch wieder los werden, sobald es beliebte. Ist die Arbeiterklasse im Zeichen der Hochkonjunktur nicht imstande, diese wertvolle Kulturerrungenschaft zu erhalten, so würde sie diese erst recht im Zeitalter der hereinbrechenden Krise aufgeben müssen. Wir stünden dann vor der Katastrophe, daß die neun- oder zehnstündige Arbeitszeit zusammenfiele mit einer Wirtschaftskrise und der durch sie hervorgerufenen Massenarbeitslosigkeit. Dies wäre das köstliche Resultat einer Wirtschafts- und Sozialpolitik, an der Sozialdemokraten hervorragend mitgewirkt hätten.

Monarchistische Ausschreitungen in München

München, 15. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Einweihung der Münchner Gewerbeschau wurde gemäß der Aufforderung der Augsburger Abendzeitung, die beabsichtigte Teilnahme des Reichspräsidenten durch Herunterholen der schwarzrotgoldenen Fahne zu beantworten, vom Münchner nationalistischen Straßenpöbel entsprechend festlich begangen. Das System Kahr hat aus ganz München die schwarzrotgoldene Fahne völlig verschwinden lassen. Selbst der sozialistische Stadtrat vermied es, andre als die bayerische Reichsflagge zu setzen. Nun konnte die feierliche Eröffnung der Gewerbeschau, welche doch Sache des ganzen Reiches ist, natürlich nicht ohne die Hissung der Reichsflagge vonstatten gehen. In der Nacht von Sonnabend auf Sonntag wurde nun der Kandelaber am Haupthahnhof von einem wohlorganisierten Trupp erstiegen, die schwarzrotgoldene Flagge mit Petroleum übergossen und verbrannt. Der Vorgang spielte sich in wenigen Sekunden ab. In dem Augenblick, in dem die Fahne aufflammte, stimmte der nationalistische Haufe das Deutschlandlied an. Die Polizeiwache erschien natürlich zu spät und verhaftete nach gewohnter Art zwei Männer, die sich als Republikaner bekannten. Die bürgerliche Presse meldet Schlägereien und Steinwürfe auf die Demonstranten. Wie uns versichert wird, war in dieser Nacht auf dem asphaltierten Bahnhofsplatz kein einziger Stein vorhanden. Die Steine können also nur von dem nationalistischen Haufen, der sein Heldenstück im übrigen sorgfältig vorbereitete, geschleudert worden sein.

Auch der gestrige Sonntag stand im Zeichen des nationalistischen Terrors. Am Vormittag überfiel ein Trupp der „Christlichen" Studenten eine Gruppe ihrer jüdischen Kollegen in der Briennerstraße und mißhandelte diese in unerhörter Weise. „Zufällig" lockerte sich außerdem der Mechanismus der zweiten Anstoß erregenden schwarzrotgoldenen Fahne vor dem Ausstellungsgebäude. Die Fahne fiel herunter und wurde in den Schmutz getreten.

Die neuerdings mit aller Kraft einsetzende Hetze gegen Republik und Reichsregierung scheint ihre Früchte zu tragen. Vor allem die maßlose Ausschlachtung des Eisner-Prozesses durch die bürgerliche Presse hat die Gemüter neu erregt. So schreibt z. B. die bayerische Volksparteiliche Korrespondenz: Auf der Anklagebank seien nicht allein Eisner und Genossen gesessen, sondern die gesamte deutsche Erfüllungspolitik, die gesamte auswärtige Reichspolitik und mit ihr der Reichsverderber Matthias Erzberger. Die Judenhetze geht neuerdings sogar so weit, daß völkische Bruderorganisationen, wie z. B. der „Bund Oberland", in Zusammenhang mit der Frankfurter Zeitung und dem Berliner jüdischen Großkapital gebracht werden. Der Geist Kittingers wird im Miesbacher Anzeiger wachgerufen und zu schamloser Hetze gegen das Reich ausgebeutet.

Unter diesen Umständen kann man es dem Reichspräsidenten nicht übelnehmen, wenn er zunächst darauf verzichtet, die so würdig eingeleitete Münchner Gewerbeschau zu besuchen.

Der Schieberbankier der Hohenzollern

Reichsjustizminister Radbruch hat eine Anfrage des Abgeordneten Müller (Franken) betreffend die Kapitalschiebungen des holländischen Bankiers Grusser wie folgt beantwortet:

„Nach Mitteilung des preußischen Herrn Justizministers hat der Generalstaatsanwalt bei dem Landgericht I Berlin gegen 42 Personen, darunter auch den Bankier Grusser, den Erlaß eines amtsrichterlichen Strafbefehls wegen Vergehens der Kapitalflucht beantragt. Es sind Geldstrafen im Gesamtbetrage von über 1 Million Mark verhängt und Geldbeträge und Wertpapiere im Kurswerte von insgesamt über 2¾ Millionen Mark dem Deutschen Reiche für verfallen erklärt worden. Gegen den Bankier Grusser ist auf eine Strafe von 50 000 M. und auf eine Verfallerklärung im Betrage von 850 000 M. erkannt worden. Drei Personen, darunter die in der Anfrage genannten Heinrich und Oswald Noske, haben gegen den Strafbefehl Einspruch erhoben. Gegen diese hat daher Verhandlung vor dem Schöffengericht stattgefunden. Die Anwesenheit des Bankiers Grusser in Berlin war der Strafverfolgungsbehörde bekannt. Nach Erledigung des gegen Grusser schwebenden Verfahrens bestanden bei ihr gegen die Einreise des Verurteilten nach Berlin keine Bedenken, zumal dadurch seine Vernehmung als Zeuge in den noch schwebenden Verfahren gegen andre Beschuldigte ermöglicht wurde."

Ende in Genua

Bis zum letzten Augenblick steht man in Genua unter Hochspannung. Eigentlich ist die Konferenz schon zu Ende, nachdem man die Vertagung und Weiterverhandlung im Haag beschlossen hat. Was sich jetzt noch in Genua ereignet, ist nicht mehr als ein Nachspiel. Dennoch besteht nach wie vor die Gefahr, daß die Konferenz auffliegt.

War es bisher gelungen, alle französischen Sprengungsversuche abzuwehren, so kommen jetzt zu guter Letzt die Russen mit der Drohung, die Tagung vorzeitig zu verlassen. Tschitscherin hat in einer energischen Note Einspruch gegen die Grundlage erhoben, auf der im Haag verhandelt werden soll: Gegen die Absicht, Rußland aus der Prüfungskommission auszuschließen — dadurch würde die in Genua bereits erzielte Annäherung zwischen Rußland und den Mächten wieder illusorisch gemacht — sowie gegen die Verpflichtung der Mächte, während der Dauer der Verhandlung keine Sonderverträge mit Rußland zu schließen. Das bedeute eine neue Art Blockade gegen die Interessen des russischen Volkes.

Diese Note hat in Genua weniger Erregung hervorgerufen als in Paris, wo sie gleichzeitig bekannt wurde und Poincaré vermutlich erneut eine gewünschte Gelegenheit gibt, der Konferenz Schwierigkeiten zu bereiten.

Nachdem es den Franzosen nicht gelungen ist, die Konferenz in Genua zum Scheitern zu bringen und ihre Fortsetzung im Haag zu verhindern, geht ihr ganzes Streben dahin, die Haager Besprechungen von vornherein unwirksam zu machen.

Vor allem wollten sie verhindern, daß die Haager Besprechung als eine Fortsetzung und damit als ein Erfolg der Genuakonferenz erschien. Deshalb bestanden sie darauf, daß die Vertreter für den Haag nicht von der Konferenz, sondern von den einzelnen Regierungen bestimmt würden. Da aber die Einladung nach dem Haag von dem Präsidenten der Genuakonferenz ausgeht, so ist auch nach außen hin der enge Zusammenhang zwischen beiden Konferenzen klargestellt.

Weiter machten die Franzosen ihre Teilnahme an den Haager Besprechungen von dem Ausschluß der Russen abhängig. Und sie haben es in der Tat durchgesetzt, daß die Sachverständigen am 15. Juni ohne die Russen zusammentreten und erst am 26. Juni die gemeinsamen Beratungen mit den Russen beginnen werden. Damit haben aber auch die Franzosen ihren ursprünglichen Standpunkt aufgegeben. Hatten sie es doch überhaupt abgelehnt, mit den Russen weiter zu verhandeln, oder gar Verträge mit ihnen abzuschließen.

Doch wollten sie sich die Möglichkeit, allen entscheidenden Verhandlungen auszuweichen, auch im Haag offenhalten. Deshalb bestanden sie darauf, daß die Regierungen das Recht haben sollten, ihre Sachverständigen schon bei Abschluß der Besprechung zurückrufen zu dürfen. Das mußte von den anderen Mächten zwar anerkannt werden, wurde aber durch den Zusatz abgeschwächt, wenn nicht unwirksam gemacht, daß die Besprechungen auch dann weitergehen werden, wenn eine Nation davon zurücktritt.

Auch den Garantiepakt (Burgfrieden) hatten die Franzosen ursprünglich abgelehnt. Nun haben sie sich aber bereit erklärt, einem vorläufigen Burgfrieden, wenigstens für die Zeit der Haager Verhandlungen, zuzustimmen.

Das Uebereinkommen über die Fortsetzung der Konferenz im Haag, das den Russen zur Annahme vorgelegt worden ist, wurde von den Franzosen und Belgiern nicht mit unterzeichnet. Beide Delegationen haben sich aber verpflichtet, ihren Regierungen die Annahme der getroffenen Vereinbarungen zu empfehlen.

Selbst die Bestimmung, daß während der Verhandlung keine Sonderverträge mit Rußland abgeschlossen werden dürfen, ist auf französische Forderungen zurückzuführen. Aber diese Forderung dürfte sich letzten Endes gegen die Franzosen selbst richten. Denn um es den Franzosen unmöglich zu machen, ihre bisherige Taktik fortzusetzen und auch die Haager Besprechungen zu verschleppen, zu erschweren, zu stören oder gar zu zerstören, ist folgende wichtige Bestimmung getroffen worden:

Falls nicht innerhalb dreier Monate von der Sachverständigenkonferenz gemeinsame Beschlüsse vorgelegt werden können, oder falls nicht gemeinsame Empfehlungen von den betreffenden Regierungen innerhalb eines weiteren Monats erfolgen, so wird es jeder Regierung freistehen, selbständige Abmachungen mit der russischen Regierung zu treffen.

Das heißt also, mit dem 26. September (bzw. Oktober) gewinnt jeder Staat seine volle Handlungsfreiheit.

Die Franzosen konnten ihre Zustimmung zu den Haager Sachverständigenbesprechungen nicht verweigern (wenn sie auch genügend neue Hemmnisse und Hindernisse aufgestellt haben), weil Poincaré bereits früher sein Einverständnis für eine Ernennung der Sachverständigenkommission gegeben hatte. Vielleicht tat er das nur, weil er glaubte, sie würde niemals ernannt werden. Sicher aber hoffte er, dadurch das Ende der Genuakonferenz zu beschleunigen. Wenn er aber damit gerechnet hatte, daß inzwischen ein Regierungswechsel in England eintreten würde — und genau wie Genua dürfte auch die Haager Besprechung ohne Lloyd George aussichtslos erscheinen — so dürfte sich diese Rechnung der Franzosen kaum erfüllen, da die Haager Besprechungen bereits für den 15. Juni angesetzt sind.

Außerdem aber haben die Franzosen noch eine zweite Hoffnung: zwischen Genua und dem Haag kommt der 31. Mai heran, der entscheidende Tag für die Wiedergutmachungen. Und es ist sehr wohl möglich, daß Frankreich, dessen Schwäche (die Isolierung) im Augenblick zugleich seine Stärkung ist, für seine Beteiligung an der Haager Besprechung Zugeständnisse von England in der Sanktionsfrage erzwingen will.

Die Entscheidung liegt also wieder einmal in Paris, wo in diesen Tagen die Beratungen über die internationale

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19220516/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG